

Bezugs-Preis
In der Hauptgeschäftsschule über den im Städte- und den Büros erzielten Kauf- und Verkaufsstellen abgezahlt: vierteljährlich. A. 4.50, bei zweimaliger täglicher Rücksellung ins Land. A. 6.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Österreich: vierteljährlich. A. 6. Man abonneert seiner mit entsprechendem Postauftrag bei den Postanstalten in der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg, Finnland, Schweden und Norwegen, Russland, den Vereinigten, der Europäischen Zücker, Spanien. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur unter Anwendung durch die Expedition dieses Blattes möglich.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um 7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 8 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Johann Gottschall.

Filialen:
Alfred Hahn vorm. A. Klemm's Sohn, Universitätsstraße 3 (Paulinum), Louis Lösch, Rathausmarkt 14, part. und Königstraße 7.

Nr. 151.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig,
des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Sonnabend den 23. März 1901.

Anzeigen-Preis

die eingesetzte Zeitung 25 S.
Reklamaten unter dem Redaktionstitel
(gezahlt) 75 S., vor dem Ausstellungs-
tagen (gezahlt) 50 S.
Tabakzähler und Süßwaren entsprechend
höher. — Briefe für Reklamierungen und
Geschäftsmitteilungen 25 S. (erst. Posts.)

Erlaubnis-Beilagen (gratuit), nur mit der
Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung
A. 60.—, mit Postbeförderung A. 70.—.

Ausnahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Mittwochs 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Ausstellungen je eine
halb Stunde früher.

Anzeigen sind kein an die Expedition
zu richten.

Die Expedition ist Wochentags unterbrochen
geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Holtz in Leipzig.

95. Jahrgang.

Der Krieg in Südafrika.

Die englischen Friedensverschläge

zeigen einerseits, daß die Briten auf die bezeugungslose Unterwerfung der Boeren verzichtet haben, und andererseits, daß die Boeren noch Widerstandsfrei genug waren, um die Verhandlungen der Sieger zurückzuweisen. Dadurch würden, so schreibt man dem "Berl. Doc.-Mag.", die Boeren-republiken in die leichte Kategorie der britischen Kolonien geworfen, die bezüglich ihrer Selbstständigkeit am schlechtesten gestellt ist. Während die Kolonien erster und zweiter Ordnung sich einer der englischen nachgebildeten Verfassung und einem vom Volke gewählten Parlaments erfreuen, werden die übrigen britischen Besitzungen, die man als "Protectoraten" bezeichnet, durch einen Gouverneur ohne Theilnahme der Bevölkerung verwalten. Dem Gouverneur steht ein Geheimer Rat und eine Versammlung zur Seite, die sich aus den neuen höchsten, natürlich von der Regierung eingesetzten, Beamten und neu von der Krone ernannten Mitgliedern zusammensetzen.

In dem Theil der Bedingungen, der sich auf die Rebellen bezieht, liegt offenbar eine der größten Schwierigkeiten für alle Verhandlungen, eine Schwierigkeit, deren Bezeichnung schwerlich und bewußtlos entzifferbar ist. Man kann den Engländern nicht zutrauen, daß sie eine zweitklassige Rebellion, eine Handlungswelle, die ohne Anwendung eines offiziellen Befehls vorherrschte, und wie außerordentlich leicht diese zum Erfolg gebracht werden könnte, und in diesem Sinne bringen auch die meisten Verhandlungen in der englischen Presse aus.

"London, 22. März. (Telegogramm.) Unterhaus. William Edmund fragt an, ob mit Absicht auf den Bildhauersatz des englisch-deutschen Abkommens, der für die Aufrechterhaltung der Integrität des österreichischen Reiches eintritt, die englische Regierung bei der deutschen angefragt habe, ob sie befugt ist, das russische Vorzeichen in der Mandatskunst irgend einen Nutzen beizubringen. Das Parlament bestätigt, daß es keine Befugung hat, die russische Regierung habe mehrmals erklärt, es sei ihre Absicht, die Integrität Chinas zu achten und die englische Regierung halte keine Kenntnis davon, daß England dies selbst verleiht.

Was nun also das ganze Geschehni? Über ist man plötzlich in London so kleinlaut geworden, daß man auch nicht einmal mehr annehmen mag, welche Pläne England eigentlich in der Mandatskunst verfolgt?

Die Wirren in China.

Russland und England.

Durch die gesamte Londoner Presse geht es heute wie ein Flutwasser, und wo geboten wird, so kommt es, daß ja überhaupt gar kein anderer Ausweg möglich und zu erwarten gewesen wäre. Wenn es somit auch dieses Mal nicht zu einem offenen Bruch zwischen England und Russland kommt, so hat doch — wir haben dies mehrmals betont — der ganze Verfall doch zur Gewalt benutzt, wie von Bündniss vorherrschte und wie außerordentlich leicht diese zur Erfüllung gebracht werden könnte, und in diesem Sinne bringen auch die meisten Verhandlungen in der englischen Presse aus.

"London, 22. März. (Telegogramm.) Unterhaus. William Edmund fragt an, ob mit Absicht auf den Bildhauersatz des englisch-deutschen Abkommens, der für die Aufrechterhaltung der Integrität des österreichischen Reiches eintritt, die englische Regierung bei der deutschen angefragt habe, ob sie befugt ist, das russische Vorzeichen in der Mandatskunst irgend einen Nutzen beizubringen. Das Parlament bestätigt, daß es keine Befugung hat, die russische Regierung habe mehrmals erklärt, es sei ihre Absicht, die Integrität Chinas zu achten und die englische Regierung halte keine Kenntnis davon, daß England dies selbst verleiht.

Geradezu als persönliche Ehreverleihung mußten die Boeren es empfinden, daß ihnen das Wohlgefallen nur unter beiderseitigen Verständnis gegen Erlaubnischein gegeben werden sollte. Freiheitssiehende Boeren, die in ihrem Gewebe den besten Freund seien, der ihnen im Kampfe gegen wilde Tiere, gegen wilde Einwohner und gegen sündliche Europäer stets so treu beigekommen hat, können in einer solchen Verhandlung nichts anderes als den vollkommenen Verzicht auf ihre persönliche Selbständigkeit erzielen.

Ein farbiger Untand, der einer Verständigung zwischen den kriegerführenden Parteien im Wege steht, ist das Verhältnis Wilhelms II. Es war ein wahrer und wahrscheinlich in verdecktem Siegedenkmal gethanter Griff, gerade den den Boeren bis in die tiefste Seele verborgten Mann zum Gouverneur der besiegten Republiken machen zu wollen. Dies allerdings ist es eine starke Summung an die Selbstverständigung Englands, denn einmal verdecktes Siegesblatt wieder unumwunden. So wird also weiter gekämpft und der Boden des Kriegsfelds auf beiden Seiten bis zur Hölle geleert werden müssen.

"London, 22. März. (Telegogramm.) Unterhaus. Edmund fragt an, ob von den Söhnen der Boeren wirklich die Bedingungen mitgetheilt worden seien, unter denen sie bereit seien, dem

Politische Tagesschau.

Leipzig, 23. März.

Der Reichstag hat vorgestern die Erinnerung an seinen vor dreißig Jahren erfolgten erstenmaligen Auftakt durch Kreis in die Ewigkeit gefestigt, sonst ist von dem kleinen Haufen das Gedächtnis jenes bedeutungsvollen Ereignisses nicht aufgerufen worden. Es sei denn, man betrachte es als eine Art Vorleser, das in der ganzen Tageszeit vorübergehenden Erinnerungswiederholungen Schapschnüren und Schnapsefischen, wie sie hier noch nicht geschildert und geschildert waren. Den verblümten Optimismus, den wir zum Jubiläum des deutschen Nationalparlaments ausdrücklich zugezogen haben, wollen wir uns dennoch nicht rauben lassen. Der durch die Österreicher abgeschlossene Tagungsaufschwung bietet, vor dem nächsten 20. März abgesehen, dazu auch keinen Anlaß. In Bezug auf die Arbeitserledigung ist diese Session bisher nicht schlechter als viele ihrer Vorgängerinnen gewesen. Der Reichstag ist vor Ostern so weit gekommen, daß er, da

ich weiß es, und das macht Dir es zur Pflicht, ihm beizustehen. Hättest Du ihn mehr im Auge behalten — er hätte ja zusammengekommen, weil er — ich — gleichzeitig hätte."

Peter sah sie an mit einem Gemisch von Nährung und Trauer. Er würde ihr nicht, daß sie ihm gleichsam Verantwortung — ihre Beantwortung — für Marcella's Leidenschaft. Sie würde nicht sagen, von so großer Wirkung sein Einfluss auf ihr war.

"Siehe Marcella", sagte er ernst und freundlich, "ich glaub' wirklich nicht, daß ich hier etwas ausrichten kann. Manfred würde mich fragen, mit welchem Recht ich mich in seine Augen legenden müsse —"

"Mit dem Recht der Liebe!" fiel sie freudig ein.

"Da wird nur außerstande, so lange es dauert ist. Manfred würde die Ausübung dieses Rechts im vorliegenden Fall sehr unbedeutsam empfinden und außerdem meine Worte wahrscheinlich ebenso in den Wind schlagen, wie er es schon oft getan hat. Was ich ihm zu sagen hätte, ist mir freilich sehr klar —"

"Was denn?" fragte sie anglich gespannt.

"Ich würde Ihnen sagen, daß er sich verlegen lassen möge."

Maria ließ den Kopf hängen. Darauf hatte sie augenscheinlich noch nicht gedacht.

"Ich habe vorausgesessen", fuhr Peter's Stimme fort, "daß sein Eintritt in das Regiment ein Quell immer neuer Verstümmelungen und Verlebungen sein würde, denn so überzeugter Manfred nicht charaktergenug ist. Aber sein Großvater würde es damals, und ich möchte es geschehen lassen. Ich habe Manfred später oft genau vorgeholt, daß sein Leben nicht mit seinen Verhältnissen in Einklang steht, noch stehen werde, wenn er sich nicht von seinem Umgebung trennen könnte. Ich habe auch einmal mit Deinem Vater darüber gesprochen — er war im Grunde derselben Ansicht, aber er bat es wohl nicht erzwingen wollen. — Höherliche und großherlige Liebe erwiderte er auch in den alten Verhältnissen zu Maria. Nun haben Sie Euch vielleicht verdrängt — und Manfred ist von Neuanfang guten Verhältnissen unterworfen; er hat wieder Schulden — und wie er scheint, nicht bedeutende. Ich habe keine andere Möglichkeit für Euch, eine höhere Lebensführung anzustreben, als eine Verlebung in einfacher Verhältnisse, in denen er nicht Befangenheit hat, so viel anzugeben, und in denen es Euch leichter werden wird, aufzukommen mit dem, was Ihr habt."

„Siehe Marcella“, in vorspringender Haltung, wie jemand, der sein Urteil vernimmt, batte Maria ihm zugehört. Als er schwieg, so langsam das Gesicht zu ihm empor und läßt ihn trocken an.

"Ich glaube, Du hast Recht, Peter; aber das wäre schrecklich!"

Die Solidaritätspolitik nicht mehr zu kommen scheint, vor Pragungen geschlossen werden kann. Die ihm zugewiesene Arbeit wäre im Augenblick wohl auch nicht weiter geboten, wenn nicht möglicherweise der Befreiungsbefreiung viel Zeit auf sich hätte vertreten werden müssen. Damit hat das Antreten des Reichstages weiter gelitten und die positionen Parteien haben nichts gehabt, um diese Wirkung durch den patriotischen Freiwilligen, nach dem die reichste Bevölkerung förmlich lebt, abzuschaffen. Im Gegenteil, es will scheinen, als ob die Gründer, die hohe Stellen bewegen konnten, den Reichstag für eine qualitativ ungünstigere angesehen, sich in dieser Session gemeinsam hätten. Die Kritik, die an der früheren Einberufung zur Bekämpfung derforderung für China weitreichend geblieben wurde, hat jedoch diesen Eintritt nicht herverbracht und auch nicht herverdringen können, denn die nationale Würdenträger stand mit nicht unrichtigen Ju-

dische Gruppe aufgestellt steht gegenüber und sie mag sogar vielleicht gefunden haben, man habe sich durch die feste Verbündung dieser Gruppe und die "Erweckung" eines Demokratiegeschüchtes, die eigentlich mehr die Aufzwingung der Individualität, also ein etwas finsterneres Art gewesen, mit der Bevölkerung, die konstitutionellen Grundlagen zu wahren, auf illegale Weise abführen wollen. Auf alle Fälle ist der Verlauf der Erörterung über gewisse Begeisterungsanträge der chinesischen Expedition sowie der Frage, ob Deutschland im südafrikanischen Kriegsstreit neutral verbleiben soll, nicht der gewünschten, der er hätte sein müssen, um den Regierenden Würdenträgern auf den Reichstag als etwas Mögliches oder gar Nötiges erscheinen zu lassen. Vielleicht hat er mit der ehrlichen Hinnahme der Beschlüsse "Verbandsverein", die sich gegen Parteien beziehen, jen Recht, die anstrengende Politik, wie sie gerade besteht wird, anders als lobend zu bezeichnen, so gut wie angegeben. Und wenn auch die Leitung der anwesenden Abgeordneten an sich ohne Zweifel nicht vom Parlamente mit bevorzugt werden kann, so jetzt sie gerade deshalb und weil bei ihr die verhängnisvolle Fehler gemacht werden können, um die die Gewerbevertretung der Partei annehmen darf, die Gewerbevertretung der Gewerbevertretung am wenigsten durch Improvisationen in Wort und Taten geprägt werden darf. Darauf handelnd und vor allem vorausdrücklich hinweisend, ist eine Pflicht des Reichstags, die er in den vergangenen Monaten nicht erfüllt, sondern durch Nichtberücksichtigung eines seines verhinderten Redners, der das Rechte mit den richtigen Worten ausgeschrieben, geradzu verlegt hat. Mit einem Manne an seinem Platz in die Gezwangswelt geretteten Recht ist der Reichstag auf diesem Tagungsabend auch doch sehr wohl zu begründen und zwar, sofern der monarchische Gedanke die Abrede von ihr ebenso gebietet, wie die Rechtsordnung. Aber diese letztere hat auch der Reichstag zu haben, und es ist sehr fraglich, ob er sich an seinem letzten Tagungsabend nicht weiter gefährdet hat durch die Art und Weise, wie die große Mehrheit für die Befreiung des Falles Schmetter und seiner Behandlung seitens des preußischen Justizministers gegenüber verhalten hat. Dieser anlässlich eines unvollkommenen Urteils allem Anschein nach vorgekommene Fall einer nicht völligigen Abstimmung vom Eingehen in richtliche Unabhängigkeit führt, obwohl er zeitlich weit zurückliegt, das deutliche Gewissen

nicht ruhen und aus diesem Grunde war es ein um so größerer Fehler, der Sozialdemokratie allein das Wort zu lassen, als daß das Verhältnis des preußischen Justizministers, der im Abgeordnetenkabinett ein Reichstagsmitglied persönlich auf Südwärts ausgegrenzt hatte, im Reichstag über die Ausgestaltung der vorher angekündigten Erweiterung nicht eingetragen, ein sehr ungünstiger genannt werden durfte. Um so unerträglicher Reichstagjubiläumsfeierabend zu machen, haben wir gerne beworben, daß das Reichs-Parlament in diesen Monaten auch Energie gegen die Regierung zu zeigen vermöchtet. Es ist nun durch dieses Auftreten endlich gelungen, die Vorlegung eines Kriegs- und Friedensvertragsgesetzes zu erwirken. Da feinen keiner wichtigen Initiativvorlagen stehen, die endgültigen Beschlüsse noch aus. Aus dem sogenannten Toleranz-
gesetz des Centrums werden, falls die Gewerbevertretung der Partei annehmen darf, die Regierungen nicht weinen lassen und die Frage der Art der Durchführung eines Gesetzes über Gewährung von Anwesenheitsgeltern scheint in der Gewerbevertretung noch zu regeln. Richtig ist, daß der Klage über die letzte Richtsprecherei in der Gewerbevertretung die endgültige Gewährung eines Antrags dieses übergeordneten auszutragen. In dritter Bezug wurde der Beschluß richtig gemacht, weil sich ebenfalls die Bevölkerung gegen das zu verhafsten wünschen. Das sozialistische Überleben hat also doch kein Gutes, jedoch dort, wo ein Großer, wie Herr Richter, seine Autorität für die Möglichkeit einer Neuartung eingesetzt hat.

Eine sehr befriedigende Lösung der Frage, wie das Eingangsamt gebildet werden soll, ist in der Reichstagscomission für die Gewerbevertretungsförderung gefunden worden. Mit allen gegen eine (Sozialdemokratie) Stimme hat die Comission beschlossen, die Zusammensetzung des Eingangsamtes aus den bestehenden Parteien selbst anheim zu geben. Der Vorsitzende ist unter allen Umständen gegeben in der Person des Vorsitzenden des Gewerbevertretung. Wenn aber das Gewerbevertretung als Eingangsamt in Funktion treten soll, so bleiben die Bevölkerung der Gewerbevertretung gänzlich bei Seite. Vielleicht erinnert jede der bestehenden Parteien ihre Bevollmächtigte in gleicher Zahl als Vorsitzer. Damit wird jedenfalls am zweitbesten vorgeholt, daß die Bevölkerung möglichst genau über die bestehenden Verhältnisse des Gewerbevertretung informiert wird, in dem ein Streit zu schließen ist. Außerdem haben die bestehenden Parteien auf die Weise die sicherste Gewähr, daß nur Männer ihres unmittelbaren Bevölkerungsbereiches, damit es nicht der Reichstag ist, die Gewerbevertretung aus dem Gewerbevertretung ausdrücklich bestimmen darf. Darauf handelt die Gewerbevertretung am zweitbesten vorgeholt, daß die Bevölkerung möglichst unmittelbar vorgeholt wird, in dem ein Streit zu schließen ist. Außerdem haben die bestehenden Parteien auf die Weise die sicherste Gewähr, daß nur Männer ihres unmittelbaren Bevölkerungsbereiches, damit es nicht der Reichstag ist, die Gewerbevertretung aus dem Gewerbevertretung ausdrücklich bestimmen darf. Darauf handelt die Gewerbevertretung am zweitbesten vorgeholt, daß die Bevölkerung möglichst unmittelbar vorgeholt wird, in dem ein Streit zu schließen ist. Außerdem haben die bestehenden Parteien auf die Weise die sicherste Gewähr, daß nur Männer ihres unmittelbaren Bevölkerungsbereiches, damit es nicht der Reichstag ist, die Gewerbevertretung aus dem Gewerbevertretung ausdrücklich bestimmen darf. Darauf handelt die Gewerbevertretung am zweitbesten vorgeholt, daß die Bevölkerung möglichst unmittelbar vorgeholt wird, in dem ein Streit zu schließen ist. Außerdem haben die bestehenden Parteien auf die Weise die sicherste Gewähr, daß nur Männer ihres unmittelbaren Bevölkerungsbereiches, damit es nicht der Reichstag ist, die Gewerbevertretung aus dem Gewerbevertretung ausdrücklich bestimmen darf. Darauf handelt die Gewerbevertretung am zweitbesten vorgeholt, daß die Bevölkerung möglichst unmittelbar vorgeholt wird, in dem ein Streit zu schließen ist. Außerdem haben die bestehenden Parteien auf die Weise die sicherste Gewähr, daß nur Männer ihres unmittelbaren Bevölkerungsbereiches, damit es nicht der Reichstag ist, die Gewerbevertretung aus dem Gewerbevertretung ausdrücklich bestimmen darf. Darauf handelt die Gewerbevertretung am zweitbesten vorgeholt, daß die Bevölkerung möglichst unmittelbar vorgeholt wird, in dem ein Streit zu schließen ist. Außerdem haben die bestehenden Parteien auf die Weise die sicherste Gewähr, daß nur Männer ihres unmittelbaren Bevölkerungsbereiches, damit es nicht der Reichstag ist, die Gewerbevertretung aus dem Gewerbevertretung ausdrücklich bestimmen darf. Darauf handelt die Gewerbevertretung am zweitbesten vorgeholt, daß die Bevölkerung möglichst unmittelbar vorgeholt wird, in dem ein Streit zu schließen ist. Außerdem haben die bestehenden Parteien auf die Weise die sicherste Gewähr, daß nur Männer ihres unmittelbaren Bevölkerungsbereiches, damit es nicht der Reichstag ist, die Gewerbevertretung aus dem Gewerbevertretung ausdrücklich bestimmen darf. Darauf handelt die Gewerbevertretung am zweitbesten vorgeholt, daß die Bevölkerung möglichst unmittelbar vorgeholt wird, in dem ein Streit zu schließen ist. Außerdem haben die bestehenden Parteien auf die Weise die sicherste Gewähr, daß nur Männer ihres unmittelbaren Bevölkerungsbereiches, damit es nicht der Reichstag ist, die Gewerbevertretung aus dem Gewerbevertretung ausdrücklich bestimmen darf. Darauf handelt die Gewerbevertretung am zweitbesten vorgeholt, daß die Bevölkerung möglichst unmittelbar vorgeholt wird, in dem ein Streit zu schließen ist. Außerdem haben die bestehenden Parteien auf die Weise die sicherste Gewähr, daß nur Männer ihres unmittelbaren Bevölkerungsbereiches, damit es nicht der Reichstag ist, die Gewerbevertretung aus dem Gewerbevertretung ausdrücklich bestimmen darf. Darauf handelt die Gewerbevertretung am zweitbesten vorgeholt, daß die Bevölkerung möglichst unmittelbar vorgeholt wird, in dem ein Streit zu schließen ist. Außerdem haben die bestehenden Parteien auf die Weise die sicherste Gewähr, daß nur Männer ihres unmittelbaren Bevölkerungsbereiches, damit es nicht der Reichstag ist, die Gewerbevertretung aus dem Gewerbevertretung ausdrücklich bestimmen darf. Darauf handelt die Gewerbevertretung am zweitbesten vorgeholt, daß die Bevölkerung möglichst unmittelbar vorgeholt wird, in dem ein Streit zu schließen ist. Außerdem haben die bestehenden Parteien auf die Weise die sicherste Gewähr, daß nur Männer ihres unmittelbaren Bevölkerungsbereiches, damit es nicht der Reichstag ist, die Gewerbevertretung aus dem Gewerbevertretung ausdrücklich bestimmen darf. Darauf handelt die Gewerbevertretung am zweitbesten vorgeholt, daß die Bevölkerung möglichst unmittelbar vorgeholt wird, in dem ein Streit zu schließen ist. Außerdem haben die bestehenden Parteien auf die Weise die sicherste Gewähr, daß nur Männer ihres unmittelbaren Bevölkerungsbereiches, damit es nicht der Reichstag ist, die Gewerbevertretung aus dem Gewerbevertretung ausdrücklich bestimmen darf. Darauf handelt die Gewerbevertretung am zweitbesten vorgeholt, daß die Bevölkerung möglichst unmittelbar vorgeholt wird, in dem ein Streit zu schließen ist. Außerdem haben die bestehenden Parteien auf die Weise die sicherste Gewähr, daß nur Männer ihres unmittelbaren Bevölkerungsbereiches, damit es nicht der Reichstag ist, die Gewerbevertretung aus dem Gewerbevertretung ausdrücklich bestimmen darf. Darauf handelt die Gewerbevertretung am zweitbesten vorgeholt, daß die Bevölkerung möglichst unmittelbar vorgeholt wird, in dem ein Streit zu schließen ist. Außerdem haben die bestehenden Parteien auf die Weise die sicherste Gewähr, daß nur Männer ihres unmittelbaren Bevölkerungsbereiches

deutschen Gewerbegerichtsgesetz. Diese einwandfreie paritätische, die Sozietute am sichersten verhängende und den Bevölkerungen selbst in die Hand gegebene Errichtung ist das praktische Ergebnis des im Winter 1895/96 von den Abgeordneten v. H. Bäffermann, Dr. Hoffe, Dr. Sieber u. Gen. eingebrochenen Antrags. Aber auch in der gegenwärtig verhandelten Sitzung ist sie im Wesentlichen auf die Anregungen und Anträge zurückzuführen, welche während der Kommissionssitzungen in der vorigen wie in dieser Session von nationalliberaler Seite ausgegangen sind.

Über brasilianische Gewerken und Freizeitkeiten gegen Deutsche wird aus Juiz de Fronteira (Sta. Catharina, Brasilien), Mitte Februar, geschrieben: „Da der deutsche Kolonie Juiz de Fronteira hat das bis dahin im Allgemeinen ungestörte Verhältnis zwischen Brasilianern und Deutschen unterbrochen. Seit einer zärtlichen Sitzung erhielt, welche nahe Karlsruhe war, in einem blutigen Konflikt zwischen beiden Nationalitäten ausbrechen. Aus einem unbedeutenden Anlaß hatte im Oktober vorigen Jahres das damals in Juiz de Fronteira erschienene, landesprachliche „Commercio do Juiz de Fronteira“ einige Artikel veröffentlicht, welche in der häßlichen Weise auf eingeborene, inskolonialische Gewerken und besonders auch die Negro gegen die deutsche Bevölkerung ausspierte. Ein Sturm der Entrüstung erhob sich unter den Deutschen, der aber durch das unmittelbar darauf folgende Ereignis, dem Zeitung durch die Gelehrten und durch die Bevölkerung einiger jungen, leider den besten brasilianischen Familien angehörigen Bürgern, deren Anführer eben der Besitzer einer Pachtfläche im „Commercio do Juiz de Fronteira“, ein Student der Medizin, war, zu einer blutigen Auseinandersetzung zwischen Brasilianern und Deutschen, bei der die Vorwurften eine ganze Tracht deutscher Prager ernteten. Der ganze Vorfall gewann an Schwere, daß er von brasilianischer Seite mit allem Verdecktheit geplant war, und beiderseitige Schläge von ihrer Seite verübt wurden. Eine tiefe Aufregung ergriß die gesamme Bevölkerung, und da am folgenden Tage von denselben jungen Bürgern Banten brasilianischer Arbeiter und Negro verübt wurden, drohte es zu blutigen Auseinandersetzungen zu kommen, die unabsehbare Folgen haben mochten. Dem Glückstreuen bekannten Gewerken nur war es zu verdanken, daß das Schlimmste verhindert wurde. Jetzt soll auch der erwähnte Student der Medizin auf Wunsch seiner eigenen Gewerken und aus Angst vor dem brasilianischen Reichsgericht Juiz de Fronteira verlassen, und damit dürfte schließlich auch wieder die Bevölkerung zur Ruhe kommen. Die Vorfälle brachten aber ein gut Theil brasilianisches Bevölkerung zu Tage und werden den Deutschen eine Warnung sein, was sie bei aller brasilianischen Freundschaft zu erwarten hätten, wenn es zu ersten Kämpfen gelingen könnte.“

Deutsches Reich.

* **Berlin**, 22. März. Das Beleidigungsschreiben, das der preußische Kultusminister Dr. Stadt anlässlich des Ablebens Prof. Dr. Karl Biedermann's an seinen Sohn, den Kaiserl. Regierungsrath R. Biedermann in Großjohannisfelde, gerichtet hat, lautet wie folgt:

Berlin W. 64, 16. März 1901.

„Euer Hochwürden spreche ich zu dem lauernden Berluß, der Sie und die Deutschen durch das am 8. d. Mär. erfolgte Ableben Eures hochrechten Herrn Sohnes betroffen hat, mein bestmögliches Beileid aus. Die Verdauung, welche sich der Berechtigt um Wissenschaft und Volksland erworben hat, werden unvergessen bleiben, und weit über die Grenzen seiner engen Heimat hinaus wird man sich erinnern und gen davon erinnern, wie er, einer der letzten Lehrerstandes des ersten deutschen Parlaments, an der nationalen Entwicklung seines Vaterlandes in höchster Weise mitgewirkt hat.“

Wenn ich Ihnen erst heute dieses Nachschub meiner wärmlichen Erinnerung, den ich auch Ihren Geschwistern in Leipzig zu übermitteln bitte, ausprüche, so wollen Sie das daraus geschließen, daß ich in den letzten Tagen durch die parlamentarischen Arbeiten ungewöhnlich in Aufregung genommen war. Stude.

* **Berlin**, 22. März. Über den Entwurf des Präsidiums des preußischen Abgeordnetenhauses beim Kaiser werden jetzt ausführlichere Berichte verbreitet. Überstimmen wird die Ansprache des Präsidenten u. Rätscher folgendermaßen widergegeben:

„Eine kaiserliche und königliche Nachricht! Der heutige Tag, der 22. März, rief in und die Erinnerung nach an Albrecht I. hochbetonten Herrn Großvaters Majestät, — die unselige That in Bremen an die gleich unseligen beiden Tage des Frühjahrs 1878, an denen wir die Schmach erleben müssen, daß unser ehemaliger, vielgeliebter Kaiser nicht mehr hier war in Seinem treuen Stadt Berlin nicht mehr unter Seinen eigenen Händen liegen. Eure Majestät haben jetzt ähnliches erfahren. Wie dankt Gott,

Rosen'sche Wohnung. Ihre Kassforderung, mit hinaufzukommen, lehnte er dankend ab.

XXV.

Gin pour Toze ging Peter noch mit hin zu Notte. Dann suchte er seinen Bruder auf an einem Abend, wo er ihn zu Hause wußte.

Unangemeldet, wie daß unter ihnen beiden Gewohnheit war, betrat er Manfred's Wohzimmer.

Es war schwierig ein Bild schönen Behagens, das sich ihm bei seinem Eintritte bot. Auf dem großen Tische brannte eine alte Lampe. Ihr volles Schein fiel auf Manfred, der in einem schweren Sessel mehr lag als saß aus einem schöngeschundenen Stoff vorles. Nicht weit von ihm saß Maria auf einem steif-sitzenden Stuhle, eine Wolldecke in den Händen. Ihr Gesicht hob sich rot und lächelte von den bauschigen Falten ihres dunklen Kleides ab.

Unangemeldet suchte Peter nach einem sicheren Zeichen der Gefahr, gegen die er hier zu Felde ziehen sollte.

Er wurde herzig begrüßt. Maria kannte eine kleine Begegnung nicht ganz verbergen, und denkt sie gesellstümlich eine möglichst lebhafte Unterhaltung in Gang zu bringen. Dann doch sie unter irgend einem von ihr sehr leicht und harmlos erfundenen Vorwand das Zimmer und ließ die Brüder allein.

Sie verbrachte eine peinliche Stunde, die sie endlos drückte. Die Unruhe ging sie hin und her, immer erwöegend, ob sie nun wohl schon bei dem reichhaltigen Thema angelangt seien — ob Peter seine Worterichten, wie Manfred sie nahmen würden. Ein paar Mal schlich sie auf Zehenspitzen über die Tapete, bis vor die geschlossene Thür, hinter der sie nun Peter's Stimme sich vernahmen ließ, ruhig, ernst, einmal beladen. Was sie sprachen, konnte Maria nicht verstehen — geradezu dichten möchte sie nicht. Julekt legte sie sich auf ihren seitlichen Platz im hintersten, nur durch eine Ampel mit erleuchteten Raum und sang an zu meiner. Warum — daß wußte sie selber nicht. Es war die dumpf und bekommene Stunde.

Endlich ging die Thür auf. Manfred rief nach ihr. Sie antwortete nicht; sie hoffte, er würde sie suchen, und sie könnte ihn einen Augenblick allein sprechen. Er kam auch wirklich durch die Zimmer, und als er sie im Zwielicht singen sah, kam er ganz direkt herein.

„Was möchtst Du denn hier?“ fragte er nicht eben freundlich.

„Ich schämme mich und hätte Ihnen, daß ich auf einer Seite almächtige Hand über dem ehrbaren und geliebten Haupt unserer Herrn und Könige halten wolle. Die Hoffnung, doch Gott der Herr diese Bitte erfülle, ist einer Majestät Sichtung, und über Gott und Gotteslädt.“

Die Antwort des Kaisers gab die verschiedenen Quellen nicht gleichlautend wieder. Wie ein parlamentarischer Berichtsteller meinte, sprach der Kaiser seine Freunde darüber aus, daß das Abgeordnetenhaus den Wunsch gezeigt habe, seine Empfindungen ihm persönlich zum Ausdruck zu geben. Der Kaiser klagte das schmerzhafte Ereignis, welches ihm zugestanden sei. Mit sichtlicher Bewegung, worüber er die Seiten der Stände hielt, die Jugend sei demoralisiert, alle Stände ohne Unterschied trügen die Schulden an den Zuständen, die Maßnahmen der Staatsregierung würden einer zu harter Kritik unterzogen, seit dem Tode Kaiser Wilhelm's I. habe die Autorität der Krone fast gelitten. Ein wenig anderes lautet der folgende Bericht der Rat. - Bdg.: „Der Kaiser bedankte sich für die Theorienahme und äußerte sich etwa wie folgt: Die That in Bremen beweist, welche Bedeutung in unreifen, jugendlichen Köpfen beruht. Es liegt dies wesentlich daran, daß die Achtung vor Macht und Regierung mehr und mehr im Schwund sei. In dieser Hinsicht seien die Verhältnisse in den letzten Decennien schlechter geworden. Der Reichtum vor der Kaiserzeit habe. Die Schulden waren ungeallgemein durchgeführt und, erscheint die Verwendung von Durchgangswagen in Personenfahrzeugen nicht mehr von solcher Bedeutung wie früher. Der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten hat daher in Aussicht gesetzt, bis auf Weiteres nur Abteilungen — abgesehen von den Wagen für Dritte — beschaffen zu lassen. Bei den Annahmen der Eisenbahnverwaltung soll hierauf Rücksicht und daraus Bedacht genommen werden, den Bedarf an Durchgangswagen für Eisenbahnen einzuschränken.“

— „Wie die „Berl. Rundsch. Nach.“ mitteilte, hatte der neue Gewerbeamt der Deutschen Reichsregierung, Graf Götz, welcher am 19. März zur vorläufigen Präsidialstelle zugewiesen war, auf Gründen jeglicher Kritik, wie es in Magdeburg steht, geantwortet: Die Reichsrichter seien von den Seiten schlimm, der Handel geringe und der Staat weg, da der Vertrag abschreibt; wenn wir nicht die Bahnen kaufen, so geht unter Schwäche weiter zurück.“

Der Kaiser soll dann mit dem Reichskanzler gesprochen haben, der wohl an der ersten Lesung der Eisenbahnvorlage nach Osten teilnehmen werde.

— „Wie die „Berl. Rundsch. Nach.“ mitteilte, hatte der neue

Gewerbeamt der Deutschen Reichsregierung, Graf Götz, welcher am 19. März zur vorläufigen Präsidialstelle zugewiesen war, auf Gründen jeglicher Kritik, wie es in Magdeburg steht, geantwortet: Die Reichsrichter seien von den Seiten schlimm, der Handel geringe und der Staat weg, da der Vertrag abschreibt; wenn wir nicht die Bahnen kaufen, so geht unter Schwäche weiter zurück.“

Die Antwort des Kaisers gab die verschiedenen Quellen nicht gleichlautend wieder. Wie ein parlamentarischer Berichtsteller meinte, sprach der Kaiser seine Freunde darüber aus, daß das Abgeordnetenhaus den Wunsch gezeigt habe, seine Empfindungen ihm persönlich zum Ausdruck zu geben. Der Kaiser klagte das schmerzhafte Ereignis, welches ihm zugestanden sei. Mit sichtlicher Bewegung, worüber er die Seiten der Stände hielt, die Jugend sei demoralisiert, alle Stände ohne Unterschied trügen die Schulden an den Zuständen, die Maßnahmen der Staatsregierung würden einer zu harter Kritik unterzogen, seit dem Tode Kaiser Wilhelm's I. habe die Autorität der Krone fast gelitten. Ein wenig anderes lautet der folgende Bericht der Rat. - Bdg.: „Der Kaiser bedankte sich für die Theorienahme und äußerte sich etwa wie folgt: Die That in Bremen beweist, welche Bedeutung in unreifen, jugendlichen Köpfen beruht. Es liegt dies wesentlich daran, daß die Achtung vor Macht und Regierung mehr und mehr im Schwund sei. In dieser Hinsicht seien die Verhältnisse in den letzten Decennien schlechter geworden. Der Reichtum vor der Kaiserzeit habe. Die Schulden waren ungeallgemein durchgeführt und, erscheint die Verwendung von Durchgangswagen in Personenfahrzeugen nicht mehr von solcher Bedeutung wie früher. Der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten hat daher in Aussicht gesetzt, bis auf Weiteres nur Abteilungen — abgesehen von den Wagen für Dritte — beschaffen zu lassen. Bei den Annahmen der Eisenbahnverwaltung soll hierauf Rücksicht und daraus Bedacht genommen werden, den Bedarf an Durchgangswagen für Eisenbahnen einzuschränken.“

— „Wie die „Berl. Rundsch. Nach.“ mitteilte, hatte der neue

Gewerbeamt der Deutschen Reichsregierung, Graf Götz, welcher am 19. März zur vorläufigen Präsidialstelle zugewiesen war, auf Gründen jeglicher Kritik, wie es in Magdeburg steht, geantwortet: Die Reichsrichter seien von den Seiten schlimm, der Handel geringe und der Staat weg, da der Vertrag abschreibt; wenn wir nicht die Bahnen kaufen, so geht unter Schwäche weiter zurück.“

Die Antwort des Kaisers gab die verschiedenen Quellen nicht gleichlautend wieder. Wie ein parlamentarischer Berichtsteller meinte, sprach der Kaiser seine Freunde darüber aus, daß das Abgeordnetenhaus den Wunsch gezeigt habe, seine Empfindungen ihm persönlich zum Ausdruck zu geben. Der Kaiser klagte das schmerzhafte Ereignis, welches ihm zugestanden sei. Mit sichtlicher Bewegung, worüber er die Seiten der Stände hielt, die Jugend sei demoralisiert, alle Stände ohne Unterschied trügen die Schulden an den Zuständen, die Maßnahmen der Staatsregierung würden einer zu harter Kritik unterzogen, seit dem Tode Kaiser Wilhelm's I. habe die Autorität der Krone fast gelitten. Ein wenig anderes lautet der folgende Bericht der Rat. - Bdg.: „Der Kaiser bedankte sich für die Theorienahme und äußerte sich etwa wie folgt: Die That in Bremen beweist, welche Bedeutung in unreifen, jugendlichen Köpfen beruht. Es liegt dies wesentlich daran, daß die Achtung vor Macht und Regierung mehr und mehr im Schwund sei. In dieser Hinsicht seien die Verhältnisse in den letzten Decennien schlechter geworden. Der Reichtum vor der Kaiserzeit habe. Die Schulden waren ungeallgemein durchgeführt und, erscheint die Verwendung von Durchgangswagen in Personenfahrzeugen nicht mehr von solcher Bedeutung wie früher. Der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten hat daher in Aussicht gesetzt, bis auf Weiteres nur Abteilungen — abgesehen von den Wagen für Dritte — beschaffen zu lassen. Bei den Annahmen der Eisenbahnverwaltung soll hierauf Rücksicht und daraus Bedacht genommen werden, den Bedarf an Durchgangswagen für Eisenbahnen einzuschränken.“

— „Wie die „Berl. Rundsch. Nach.“ mitteilte, hatte der neue

Gewerbeamt der Deutschen Reichsregierung, Graf Götz, welcher am 19. März zur vorläufigen Präsidialstelle zugewiesen war, auf Gründen jeglicher Kritik, wie es in Magdeburg steht, geantwortet: Die Reichsrichter seien von den Seiten schlimm, der Handel geringe und der Staat weg, da der Vertrag abschreibt; wenn wir nicht die Bahnen kaufen, so geht unter Schwäche weiter zurück.“

Die Antwort des Kaisers gab die verschiedenen Quellen nicht gleichlautend wieder. Wie ein parlamentarischer Berichtsteller meinte, sprach der Kaiser seine Freunde darüber aus, daß das Abgeordnetenhaus den Wunsch gezeigt habe, seine Empfindungen ihm persönlich zum Ausdruck zu geben. Der Kaiser klagte das schmerzhafte Ereignis, welches ihm zugestanden sei. Mit sichtlicher Bewegung, worüber er die Seiten der Stände hielt, die Jugend sei demoralisiert, alle Stände ohne Unterschied trügen die Schulden an den Zuständen, die Maßnahmen der Staatsregierung würden einer zu harter Kritik unterzogen, seit dem Tode Kaiser Wilhelm's I. habe die Autorität der Krone fast gelitten. Ein wenig anderes lautet der folgende Bericht der Rat. - Bdg.: „Der Kaiser bedankte sich für die Theorienahme und äußerte sich etwa wie folgt: Die That in Bremen beweist, welche Bedeutung in unreifen, jugendlichen Köpfen beruht. Es liegt dies wesentlich daran, daß die Achtung vor Macht und Regierung mehr und mehr im Schwund sei. In dieser Hinsicht seien die Verhältnisse in den letzten Decennien schlechter geworden. Der Reichtum vor der Kaiserzeit habe. Die Schulden waren ungeallgemein durchgeführt und, erscheint die Verwendung von Durchgangswagen in Personenfahrzeugen nicht mehr von solcher Bedeutung wie früher. Der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten hat daher in Aussicht gesetzt, bis auf Weiteres nur Abteilungen — abgesehen von den Wagen für Dritte — beschaffen zu lassen. Bei den Annahmen der Eisenbahnverwaltung soll hierauf Rücksicht und daraus Bedacht genommen werden, den Bedarf an Durchgangswagen für Eisenbahnen einzuschränken.“

— „Wie die „Berl. Rundsch. Nach.“ mitteilte, hatte der neue

Gewerbeamt der Deutschen Reichsregierung, Graf Götz, welcher am 19. März zur vorläufigen Präsidialstelle zugewiesen war, auf Gründen jeglicher Kritik, wie es in Magdeburg steht, geantwortet: Die Reichsrichter seien von den Seiten schlimm, der Handel geringe und der Staat weg, da der Vertrag abschreibt; wenn wir nicht die Bahnen kaufen, so geht unter Schwäche weiter zurück.“

Die Antwort des Kaisers gab die verschiedenen Quellen nicht gleichlautend wieder. Wie ein parlamentarischer Berichtsteller meinte, sprach der Kaiser seine Freunde darüber aus, daß das Abgeordnetenhaus den Wunsch gezeigt habe, seine Empfindungen ihm persönlich zum Ausdruck zu geben. Der Kaiser klagte das schmerzhafte Ereignis, welches ihm zugestanden sei. Mit sichtlicher Bewegung, worüber er die Seiten der Stände hielt, die Jugend sei demoralisiert, alle Stände ohne Unterschied trügen die Schulden an den Zuständen, die Maßnahmen der Staatsregierung würden einer zu harter Kritik unterzogen, seit dem Tode Kaiser Wilhelm's I. habe die Autorität der Krone fast gelitten. Ein wenig anderes lautet der folgende Bericht der Rat. - Bdg.: „Der Kaiser bedankte sich für die Theorienahme und äußerte sich etwa wie folgt: Die That in Bremen beweist, welche Bedeutung in unreifen, jugendlichen Köpfen beruht. Es liegt dies wesentlich daran, daß die Achtung vor Macht und Regierung mehr und mehr im Schwund sei. In dieser Hinsicht seien die Verhältnisse in den letzten Decennien schlechter geworden. Der Reichtum vor der Kaiserzeit habe. Die Schulden waren ungeallgemein durchgeführt und, erscheint die Verwendung von Durchgangswagen in Personenfahrzeugen nicht mehr von solcher Bedeutung wie früher. Der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten hat daher in Aussicht gesetzt, bis auf Weiteres nur Abteilungen — abgesehen von den Wagen für Dritte — beschaffen zu lassen. Bei den Annahmen der Eisenbahnverwaltung soll hierauf Rücksicht und daraus Bedacht genommen werden, den Bedarf an Durchgangswagen für Eisenbahnen einzuschränken.“

— „Wie die „Berl. Rundsch. Nach.“ mitteilte, hatte der neue

Gewerbeamt der Deutschen Reichsregierung, Graf Götz, welcher am 19. März zur vorläufigen Präsidialstelle zugewiesen war, auf Gründen jeglicher Kritik, wie es in Magdeburg steht, geantwortet: Die Reichsrichter seien von den Seiten schlimm, der Handel geringe und der Staat weg, da der Vertrag abschreibt; wenn wir nicht die Bahnen kaufen, so geht unter Schwäche weiter zurück.“

Die Antwort des Kaisers gab die verschiedenen Quellen nicht gleichlautend wieder. Wie ein parlamentarischer Berichtsteller meinte, sprach der Kaiser seine Freunde darüber aus, daß das Abgeordnetenhaus den Wunsch gezeigt habe, seine Empfindungen ihm persönlich zum Ausdruck zu geben. Der Kaiser klagte das schmerzhafte Ereignis, welches ihm zugestanden sei. Mit sichtlicher Bewegung, worüber er die Seiten der Stände hielt, die Jugend sei demoralisiert, alle Stände ohne Unterschied trügen die Schulden an den Zuständen, die Maßnahmen der Staatsregierung würden einer zu harter Kritik unterzogen, seit dem Tode Kaiser Wilhelm's I. habe die Autorität der Krone fast gelitten. Ein wenig anderes lautet der folgende Bericht der Rat. - Bdg.: „Der Kaiser bedankte sich für die Theorienahme und äußerte sich etwa wie folgt: Die That in Bremen beweist, welche Bedeutung in unreifen, jugendlichen Köpfen beruht. Es liegt dies wesentlich daran, daß die Achtung vor Macht und Regierung mehr und mehr im Schwund sei. In dieser Hinsicht seien die Verhältnisse in den letzten Decennien schlechter geworden. Der Reichtum vor der Kaiserzeit habe. Die Schulden waren ungeallgemein durchgeführt und, erscheint die Verwendung von Durchgangswagen in Personenfahrzeugen nicht mehr von solcher Bedeutung wie früher. Der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten hat daher in Aussicht gesetzt, bis auf Weiteres nur Abteilungen — abgesehen von den Wagen für Dritte — beschaffen zu lassen. Bei den Annahmen der Eisenbahnverwaltung soll hierauf Rücksicht und daraus Bedacht genommen werden, den Bedarf an Durchgangswagen für Eisenbahnen einzuschränken.“

— „Wie die „Berl. Rundsch. Nach.“ mitteilte, hatte der neue

Gewerbeamt der Deutschen Reichsregierung, Graf Götz, welcher am 19. März zur vorläufigen Präsidialstelle zugewiesen war, auf Gründen jeglicher Kritik, wie es in Magdeburg steht, geantwortet: Die Reichsrichter seien von den Seiten schlimm, der Handel geringe und der Staat weg, da der Vertrag abschreibt; wenn wir nicht die Bahnen kaufen, so geht unter Schwäche weiter zurück.“

Die Antwort des Kaisers gab die verschiedenen Quellen nicht gleichlautend wieder. Wie ein parlamentarischer Berichtsteller meinte, sprach der Kaiser seine Freunde darüber aus, daß das Abgeordnetenhaus den Wunsch gezeigt habe, seine Empfindungen ihm persönlich zum Ausdruck zu geben. Der Kaiser klagte das schmerzhafte Ereignis, welches ihm zugestanden sei. Mit sichtlicher Bewegung, worüber er die Seiten der Stände hielt, die Jugend sei demoralisiert, alle Stände ohne Unterschied trügen die Schulden an den Zuständen, die Maßnahmen der Staatsregierung würden einer zu harter Kritik unterzogen, seit dem Tode Kaiser Wilhelm's I. habe die Autorität der Krone fast gelitten. Ein wenig anderes lautet der folgende Bericht der Rat. - Bdg.: „Der Kaiser bedankte sich für die Theorienahme und äußerte sich etwa wie folgt: Die That in Bremen beweist, welche Bedeutung in unreifen, jugendlichen Köpfen beruht. Es liegt dies wesentlich daran, daß die Achtung vor Macht und Regierung mehr und mehr im Schwund sei. In dieser Hinsicht seien die Verhältnisse in den letzten Decennien schlechter geworden. Der Reichtum vor der Kaiserzeit habe. Die Schulden waren ungeallgemein durchgeführt und, erscheint die Verwendung von Durchgangswagen in Personenfahrzeugen nicht mehr von solcher Bedeutung wie früher. Der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten hat daher in Aussicht gesetzt, bis auf Weiteres nur Abteilungen — abgesehen von den Wagen für Dritte — beschaffen zu lassen. Bei den Annahmen der Eisenbahnverwaltung soll hierauf Rücksicht und daraus Bedacht genommen werden, den Bedarf an Durchgangswagen für Eisenbahnen einzuschränken.“

— „Wie die „Berl. Rundsch. Nach.“ mitteilte, hatte der neue

Gewerbeamt der Deutschen Reichsregierung, Graf Götz, welcher am 19. März zur vorläufigen Präsidialstelle zugewiesen war, auf Gründen jeglicher Kritik, wie es in Magdeburg steht, geantwortet: Die Reichsrichter seien von den Seiten schlimm, der Handel geringe und der Staat weg, da der Vertrag abschreibt; wenn wir nicht die Bahnen kaufen, so geht unter Schwäche weiter zurück.“

Die Antwort des Kaisers gab die verschiedenen Quellen nicht gleichlautend wieder. Wie ein parlamentarischer Berichtsteller meinte, sprach der Kaiser seine Freunde darüber aus, daß das Abgeordnetenhaus den Wunsch gezeigt habe, seine Empfindungen ihm persönlich zum Ausdruck zu geben. Der Kaiser klagte das schmerzhafte Ereignis, welches ihm zugestanden sei. Mit sichtlicher Bewegung, wor

richtig der Betreiber Zoll, das das Consulat beschwerte, dass die Folge ungünstige Conjectur ist der Metallwaren-Branche sel. Die Städte befinden sich auf dem Rücken, die mit einer 700 000,- A und 1 170 000,- A beliefert sind, ferner waren 120 000,- A Exportland 22 000,- A, Maschinen 1 000 000,- A die wegen Berliner war mit 300 000,- A berechnet sind, Eisenhütte 200 000,- A, Eisen-Metallwaren ill auf einem Geringen von 351 908,- A zu rechnen, an Walzschäden, Betriebs- und Betriebsfehler kürzte 47 000,- A abgehen, was 304 900,- A, auf 650 000,- A bis 1 000 000,- A hinzufügt, mit 47 bis 30 Euro, und mehr noch 450 000,- A hinzufügt, 20 Proc. zur Bezeichnung verbleibt.

Bremen. 22. März. Zum Banker Albert Höglundien Concurse meldet die „Siedl. Jg.“, dass es Geltern und Elsfeldt, die zur Generalbank gehören, bisher eins 100 000,- A verpfändet und seines einige 30 000,- A Guthaben bei Berliner geöffneten Konsulat ermittelt worden seien. Die Schämmherer Postleitzettel-Reichen, die seiner Zeit bis halb eingezogen worden waren, um ihn als Reiter der Eigentümner in der Generalbezeichnung zu legitimieren, und vorbereitet und durch das Eigentümern nach Feststellung ihrer Eigentümlichkeit abholbar zurückgegeben werden.

Die General-
Bank, Düsseldorf,
einmoriger Ver-
kauf. Sonders
in verschiedenen
Städten, mit
einer
großen Anzahl
der Räume
verkündet.

Die Währungs- und Tauschwarenhändler G. & P. Böckel in Tore Annahme, mit Preisnachlassung in Wien, Berlin geliefert mit 200 000 lire Sonders die Tauschwaren ein. (Wien 3)

Cinnahme-Nachweise.

Reichsbahnabteilungen in Cöln-Dortingen. Seit 1. Februar 510 000,- A (= 250 000,- A) seit 1. April 69 834 000,- A (+ 3 500 000,- A).

Cölnburger Staatsbahnen. Gebrauch 545 330,- A (+ 23 320,- A), seit 1. Januar 1074 660,- A (= 940 400,- A).

Wiedenburgerische Eisen- & Eisen-Bauteile. Gebrauch 789 343,- A (+ 60 195,- A), seit 1. April 11 420 617,- A (+ 372 112,- A).

Bayrische Staatsbahnen. Gebrauch 9 195 798,- A (= 499 117,- A) seit 1. Januar 19 363 297,- A (- 802 153,- A).

Östl. Staatsbahnen. Gebrauch 4 444 400,- A seit 1. Januar 4 05 550,- A, seit 1. Januar 9 342 800,- A (Wien 518 010,- A).

Main-Referabau. Gebrauch 615 176,- A (= 12 478,- A), seit 1. Januar 1 049 49,- A (= 11 031,- A).

Württembergische Staats-Eisenbahnen. Gebrauch 2 436 000,- A (= 176 000,- A), seit 1. April 51 286 000,- A (+ 1 487 500,- A).

Rothschild-Pacific-Eisenbahn. In der zweiten Woche des März 573 070 \$ (+ 16 885 \$).

Telegramme.

S. Dresden. 22. März. (Privat-Telegramm.) An den Leitenden 22. Februar, erledigte General-Veranstaltung der Dresden's. Part., welche unter dem Vorzeise des Herrn Böhl, Weiß, von den Vorsitzenden und Vorsitzenden, bestimmt, waren 27 Abstimmungen mit 25 457 Stimmen einverstanden und wurde die Angehörigen behandelten mit Einigung erledigt. Das am 8. Februar eingeholte Telegramm gelangte an den bekannten Gelehrten Peter und wurde daher abgeschafft.

S. Rio de Janeiro. 21. März. Das provvisorische Budget ist in den Elementen einen Nachdruck von ungefähr 2000 Contos Gold auf. Die Regierung wird die Haushaltung für die nächsten 6 Monate im Juli wieder aufzutun, da 25 Proc. der Einkommen in Gold hierfür mehr als genug sind.

Leipziger Börse am 23. März.

Bei einer häufige Abreitung von den auswärtigen Blättern ist besonders auf Grund der weitaus höheren Berliner Börsekonkurz, beides auch die Berliner Börse die Woche in feiner Sichtung. Die politischen Sorgen traten auf und eine erneute Aufsicht über die Lage des Geldmarktes kam am Alten Markt, denn man glaubt, der Ultima werde trotz des mit ihm verbundenen Kurzzeitmarktes nicht allzu große Angriffe bringen. Das die Förderungserhöhung beim Blechindustriellen Wohlentgang nicht erhöht werden, ist, möchte ebenfalls einen guten Eindruck. Zudem bricht sich eine gute Meinung für Regierungspolitik, die sich auf beide Börsen über die Börsenleitung, also an den Bereich der Börsenleitung und die Börsenleitung, bezieht.

S. Rio de Janeiro. 21. März. Das provvisorische Budget ist in den Elementen einen Nachdruck von ungefähr 2000 Contos Gold auf. Die Regierung wird die Haushaltung für die nächsten 6 Monate im Juli wieder aufzutun, da 25 Proc. der Einkommen in Gold hierfür mehr als genug sind.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Rio de Janeiro. 21. März. Das provvisorische Budget ist in den Elementen einen Nachdruck von ungefähr 2000 Contos Gold auf. Die Regierung wird die Haushaltung für die nächsten 6 Monate im Juli wieder aufzutun, da 25 Proc. der Einkommen in Gold hierfür mehr als genug sind.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Rio de Janeiro. 21. März. Das provvisorische Budget ist in den Elementen einen Nachdruck von ungefähr 2000 Contos Gold auf. Die Regierung wird die Haushaltung für die nächsten 6 Monate im Juli wieder aufzutun, da 25 Proc. der Einkommen in Gold hierfür mehr als genug sind.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des Oberhofes ist in den Börsenverein, dem alle für den Verkauf überordnenden Börsenrechte gehörenden Börsenrechte beigetreten, und ist heute erfolgt. Das Syndicat wird sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung constituiert.

S. Berlin. 21. März. Die Börsung des

